

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 23. Ratssitzung vom 12. November 2014

512. 2014/284 Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.09.2014: Bau- und Zonenordnung (BZO), Ergänzung mit einer Pflicht zu erneuerbaren Energiezonen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Andreas Edelmann (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 343/2014): Gemäss einer Abstimmung vom 9. Februar 2014 dürfen Gemeinden Zonen mit einem erhöhten Anteil erneuerbarer Energien erlassen. Die Gemeinden können selbständig über die Zonen entscheiden. Wir verlangen vom Stadtrat einen Vorschlag dazu. Die Basis ist bereits vorhanden. Es gibt ein Energieversorgungskonzept. In den Aussenquartieren ist eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien möglich. In der Stadt gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Umsetzung. Wir streben eine Reduktion fossiler Energieträger an. Wir verlangen ein offenes Vorgehen. Die Zonen können mit verschiedenen Prozentsätzen erreicht werden. Die Gebäude können besser gedämmt werden oder es können verstärkt erneuerbare Energien genutzt werden. Wir möchten eine Regelung, die auf den heutigen Anforderungen basiert. Für uns ist klar, dass die Stadt Vorbildfunktion besitzt.

Alexander Jäger (FDP) begründet den von Roger Tognella (FDP) namens der FDP-Fraktion am 24. September 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Die MuKE n wird kommen. Das Ziel der MuKE n ist ein Gleichgewicht zwischen Energieeffizienzmassnahmen und dem Anteil erneuerbarer Energien. Der Hausbesitzer soll selber entscheiden können. Es muss möglich sein, auf die lokalen Gegebenheiten einzugehen. Flexibilität ist unabdingbar. Wir können die Zukunft nicht voraussehen.

Weitere Wortmeldungen:

Matthias Probst (Grüne): Diese Motion erinnert an die Flachdachinitiative der jungen Grünen. Damals fehlte die gesetzliche Grundlage. Diese besteht nun. Wir wollen den Volkswillen in der Stadt umsetzen. Dieses Anliegen ist rasch umsetzbar. Wir können mit dieser Motion nichts falsch machen.

Mario Mariani (CVP) beantragt Umwandlung in ein Postulat: Wir befinden uns nicht auf der Zielgeraden der Energiewende. Das Anliegen ist nicht grundlegend falsch. Die Umsetzung muss jedoch differenziert und verhältnismässig erfolgen. Es wäre möglich, das Anliegen in einem Energieplan verbindlich festzulegen.

Thomas Schwendener (SVP): Wir sollten abwarten und schauen, was der Kanton machen wird. Wir müssen die spezifische Situation vor Ort beachten.



2 / 2

Michael Baumer (FDP): *Es ist nicht tragbar, die Menschen mit Eigentumsbeschränkungen auf den rechten Pfad zu führen. Dieser Ansatz ist nicht liberal. Der Vorstoss ist sub-optimal abgefasst. Eine Ergänzung der BZO ist nicht zielführend. Eine flächendeckende Umsetzung ist nicht mit den gesetzlichen Grundlagen vereinbar. Ungefähr ein Viertel der Hauseigentümer sind älter als 67. Diese Personengruppe wird nicht so schnell eine Hypothek für diese Umrüstung erhalten.*

Guido Hüni (GLP): *Die Position der FDP ist teilweise nachvollziehbar. Die Herangehensweise ist jedoch zu verkrampft. Wir brauchen Vorschriften und Richtlinien.*

Roger Tognella (FDP): *Liberale Werte beinhalten Grundwerte. Diese umfassen das Recht auf Eigentum und Eigenverantwortung. Viele Hauseigentümer befinden sich auf einem guten Weg. Selbstbestimmung ist wichtig. Diese Umrüstungen werden zu einer Erhöhung der Mietkosten führen.*

Andreas Edelmann (SP) *ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Dieses Anliegen ist mehrheitsfähig. Es kann kein Energieträger in einer Zone vorgeschrieben werden. Es wird lediglich ein Höchstwert an nicht-erneuerbaren Energien festgelegt. Wie dies erreicht wird, bleibt offen.*

Die Motion wird mit 73 gegen 49 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat